

NOMOSPRAXIS

Kieß

Betreuungs- und Unterbringungsrecht

Handbuch für die Praxis

7. Auflage

Reformauflage mit allen
Änderungen zum 1.1.2023



Nomos

NOMOSPRAXIS

Dr. Peter Kieß

Vorsitzender Richter am Landgericht Dresden

Betreuungs- und Unterbringungsrecht

Handbuch für die Praxis

7. Auflage



Nomos

Zitervorschlag: Kieß BetreuungsR

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7929-1

7. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 7. Auflage

Jede Gesellschaft, jede Rechtsordnung muss sich entscheiden, wie sie erwachsenen Menschen begegnet, deren Fähigkeiten, sich in die Gesellschaft einzugliedern und am Rechtsleben teilzunehmen, durch Krankheiten beeinträchtigt sind. Hier gilt es vielfältige Aspekte zu beachten, insbesondere müssen Angehörige, Ärzte, Pflegekräfte, Angehörige der sozialen Berufe und eben auch Juristen zusammenarbeiten. Die Juristen nähern sich diesen Problemen mit dem Betreuungsrecht. Viele Juristen halten das Betreuungsrecht für einfach, geradezu unjuristisch. Nichtjuristen, die auf den genannten Gebieten tätig sind, sehen ihre Vorbehalte gegen den juristischen Ansatz der Problemlösung hingegen gerade im Betreuungsrecht bestätigt: Sie meinen, der Jurist betrachte nur die Norm, nicht den zu Tage tretenden Konflikt.

Der vorliegende Text will das Verständnis für die besondere Materie vermitteln, die fachübergreifenden Ansätze verdeutlichen, die Zugangsschwelle möglichst niedrig machen. Es soll auch deutlich werden, dass nur ein Miteinander aller Beteiligten den Interessen der Betroffenen dienen kann.

Dennoch soll auch für Verständnis für den juristischen Ansatz geworben werden: Der Jurist denkt von der Ermächtigungsnorm aus: Was lässt der Gesetzgeber zu? Karl-Dieter Pardey, der die ersten Auflagen dieses Werkes allein verantwortete, hat es gerade in dieser Frage verstanden, die rechtlichen Grenzen der Beteiligten, insbesondere der Betreuer und des Gerichts, aufzuzeigen. Karl-Dieter Pardey hatte aber auch nie vergessen, worum es im Betreuungsrecht geht: um Hilfe für Menschen, die der Hilfe bedürfen. Diese beiden Gedanken will auch ich weiterführen.

Der Gesetzgeber hat auf der Grundlage von wissenschaftlichen Vorarbeiten mit dem Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4.5.2021 (BGBl. 2021 I 882) das Betreuungsrecht grundlegend reformiert. Das neue Recht tritt zum 1.1.2023 in Kraft. Dabei hat der Gesetzgeber neu angesetzt bei der Frage, wie das Recht und die Gesellschaft sich den Menschen nähern soll, für die das Betreuungsrecht geschaffen ist: es soll im Wesentlichen um die Umsetzung der Wünsche dieser Menschen und nicht um ein verobjektiviertes „Wohl“ des Betroffenen gehen.

Die Neuauflage will diese Konzeption und alle weiteren in diesem Zusammenhang geregelten Neuerungen erläutern. Das reformierte Recht knüpft natürlich an die bisherigen Erfahrungen an. Deshalb wurde die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, soweit sie noch Gültigkeit hat, in den Anmerkungen berücksichtigt. Die neue Rechtsprechung nötigte auch die Überarbeitung einiger Kapitel.

So entstand teilweise ein anderer Ansatz und Text, der sich vom ursprünglichen Werk, das Karl-Dieter Pardey begründet hat, unterscheidet. Deshalb war es an der Zeit, Karl-Dieter Pardey aus der wissenschaftlichen Verantwortung zu entlassen und ihm zu danken für seine Verdienste auf diesem Gebiet.

Bei der Bezeichnung von Personen im Text habe ich zur besseren Lesbarkeit die männliche Form verwendet. Ich bitte die Leserinnen und Leser, Personen jeglichen

Vorwort zur 7. Auflage

Geschlechts mitzudenken. Ich bin mir bewusst, dass der Anteil weiblicher Handelnder gerade im Betreuungsrecht überproportional groß ist.

Die 7. Auflage berücksichtigt den Sachstand zum 1.8.2021. Um Irritationen zu vermeiden, wurden die neu geschaffenen aber erst zum 1.1.2023 in Kraft tretenden Paragraphen jeweils mit dem Anhang „nF“ zitiert.

Irrtümer und Fehler darf mir der Leser gerne aufzeigen.

Dresden, im November 2021

Peter Kieß

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	5
§ 1 Einführung	13
I. Geschichtliches	13
II. Betreuungsrechtsänderungsgesetze	15
III. Reform des Betreuungsrechts	16
IV. Verfahrensrecht	17
V. Gesetzliche Grundlagen	18
§ 2 Grundlagen	20
I. Rechtliche Voraussetzungen	23
II. Betreuungsstatistik	26
III. Praktische Problemfelder	27
IV. Betreuung für Abhängige	34
§ 2a Alternativen zu einer Betreuung	36
I. Grundsatz der Subsidiarität	36
II. Andere Hilfen	37
III. Vorsorgevollmacht	37
§ 3 Beteiligte	42
I. Überblick zu den Beteiligten	42
II. Die Beteiligteigenschaft im Verfahren	44
III. Angehörige als Beteiligte	44
IV. Betreuungsbehörde	46
V. Heim/Einrichtung/Krankenhaus	48
1. Keine eigenen Befugnisse	49
2. Handlungspflichten	50
3. Antragsinhalte, Koordinationsbedarf	51
VI. Betreuungsgericht	52
§ 4 Einleitung des Verfahrens	54
I. Grundzüge des Verfahrensrechts	54
II. Antrag/Anregung	56
III. Aktenzeichen	57
IV. Abgabe an ein anderes Gericht	58
§ 5 Ermittlungen des Gerichts	60
I. Einleitung	60
II. Stellung des Betroffenen (Geschäfts- und Verfahrensfähigkeit)	60
III. Vorliegen einer Vorsorgevollmacht	65

Inhaltsverzeichnis

IV. Anhörungen	67
V. Stellungnahme der Betreuungsbehörde	67
VI. Stellungnahme des Arztes	68
VII. Verfahrenspfleger	71
VIII. Akteneinsicht	72
§ 6 Auswahl des Betreuers	74
I. Allgemeines	74
II. Betreuerarten	76
III. Gemeinschaftliche Vertretung	77
IV. Eignungsprüfung	77
V. Professionelle Betreuung	80
VI. Sonderfunktionen	82
VII. Betreuungsvereine	82
§ 7 Anordnung der Betreuung	83
I. Anordnung der Betreuung	83
II. Aufgabenbereiche	84
III. Fristen	90
IV. Bekanntgabe	91
V. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	93
VI. Kosten	95
§ 8 Einwilligungsvorbehalt	97
I. Allgemeines	97
II. Grundlagen	97
III. Einwilligungsvorbehalt und Vermögenssorge	99
IV. Einwilligungsvorbehalt bei personenbezogenen Maßnahmen	99
V. Kein Gutgläubensschutz	101
§ 9 Einstweilige Anordnung	102
I. Allgemeines	102
II. Grundlagen	104
III. Eilige einstweilige Anordnungen	105
IV. Unmittelbare gerichtliche Maßnahmen	105
V. Unterbringungen zur Begutachtung	106
VI. Bereitschaftsdienst	106
§ 10 Tätigkeit der Betreuer	108
I. Allgemeines	108
II. Innen- und Außenverhältnis	109
III. Nebeneinander von Betreutem und Betreuer	110
IV. Vertretungshindernisse	111

V. Untervollmachten, Ermächtigungen	113
VI. Arbeitsablauf am Beispiel einer Heimunterbringung mit Wohnungsauflösung	114
VII. Probleme bei einer Wohnungsauflösung und Heimaufnahme	116
§ 11 Kontrollen und Hilfen	118
I. Allgemeines	118
II. Allgemeine Kontrolltätigkeit	119
III. Befreiungen	121
IV. Betreuungsgerichtliche Genehmigungen	121
V. Hilfen gegen Betreuer	123
VI. Hilfen für Betreuer	124
§ 12 Vermögenssorge	126
I. Allgemeines	126
II. Bezugszeitpunkt	128
III. Keine Kontrolle von Eigengeschäften des Betreuten	128
IV. Betroffene Werte	129
V. Grundsätze der Vermögensverwaltung	130
VI. Anlagegelder	131
VII. Genehmigungspflichten	132
VIII. Vollmacht neben Betreuung	133
IX. Betreute als Erben	134
§ 13 Ärztliche Maßnahmen	135
I. Selbstbestimmung der Patienten	135
II. Patientenverfügung	136
III. Vertretung bei Einwilligungen	138
IV. Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen (§ 1829 BGB nF)	139
V. Dokumentationen	142
VI. Verhaltensorientierte Medikation	143
VII. Entscheidungen am Lebensende (Sterbehilfe)	144
§ 14 Unterbringungen	149
I. Allgemeines	149
II. Unterbringungen nach BGB	152
III. Freiheitsentziehende Maßnahmen	154
IV. Unterbringungsrecht der Länder	155
V. Sicherung in der eigenen Wohnung	159
VI. Unterbringung durch Bevollmächtigte	160
VII. Verhaltensorientierte Maßnahmen	161
VIII. Sicherungsmaßnahmen für Abhängige	162
IX. Genehmigungsverfahren	163

Inhaltsverzeichnis

§ 15 Weitere Zwangsmaßnahmen	168
I. Grundlagen	168
II. Zwangsmedikation	170
III. Zugriffe auf Wohnungen	172
IV. Vollzugshilfe	173
V. Zwangsmaßnahmen in Einrichtungen	173
§ 16 Sterilisation	175
I. Allgemeines	175
II. Sterilisationsverbot für Minderjährige	175
III. Grundlagen bei Erwachsenen	175
IV. Zwangsverhütungen	175
V. Verfahren	176
§ 17 Datenschutz und Schweigepflicht	178
I. Grundlagen	178
II. Spezielle Regelungen	179
III. Schweigepflichten im Team	181
IV. Handlungsgrundsätze	182
§ 18 Vergütung und Aufwändungsersatz	184
I. Allgemeines	184
II. Ehrenamtliche Betreuer	184
III. Berufliche Betreuer – Allgemeines	186
IV. Fallpauschalensystem	187
V. Durchsetzung und Schuldner des Anspruchs	190
VI. Vergütungsregelungen für Betreuungsvereine und Behörden	192
VII. Abwicklung nach Versterben des Betreuten	192
VIII. Vergütung für Verfahrenspfleger	193
§ 19 Haftung und Versicherungen	194
I. Verantwortlichkeit von Betreuern	194
II. Haftung gegenüber dem Betreuten	196
III. Haftung des Betreuers gegenüber Dritten	198
IV. Aufsichtspflichten des Betreuers	199
V. Haftung von Einrichtungen	201
VI. Versicherungen	202
§ 20 Abschluss der Betreuung	203
I. Allgemeines	203
II. Totenfürsorge	203
III. Schlussabwicklung und Herausgabe	204

Anhang I: Anträge und Muster	207
1. Anregung zur Einrichtung einer Betreuung	207
2. Merkblatt für die Anregung auf Betreuung an das Amtsgericht	208
3. Inhalt eines ärztlichen Gutachtens bzw. Zeugnisses für die Anordnung einer Betreuung	209
4. Betreuungsanordnung	210
5. Verpflichtungsprotokoll und Merkblatt für die ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer	211
6. Liste für Aufgaben zu Beginn der Betreuung	214
7. Vermögensverzeichnis	215
8. Berichtsansforderungen und Berichte	216
a) Berichtsansforderung	216
b) Berichtsmuster	217
c) Zwangsgeldandrohung	218
9. Muster zu Anträgen und Bescheidungen	219
a) Freigabeantrag	219
b) Betreuungsgerichtliche Genehmigung zu einem Rechtsgeschäft	219
c) Übersendungsschreiben zu der Genehmigung	219
d) Beanstandung zu einer finanziellen Abwicklung	220
e) Einforderung der Rechnungslegung	220
f) Prüfvermerk	221
g) Antrag auf Genehmigung einer Maßnahme nach § 1831 Abs. 1 BGB	221
h) Bitte um Mitwirkung der Betreuungsbehörde	222
i) Bericht über Durchführung der Maßnahme	222
j) Bericht über Beendigung einer Unterbringung nach § 1831 Abs. 1 BGB	223
k) Schreiben betr. Entscheidungen über passive Sterbehilfe, mit Hilfsgenehmigungsantrag	223
10. Vorläufige Genehmigung bei der Unterbringung und der ärztlichen Zwangsmaßnahme (§§ 1831 f. BGB)	224
11. Beschluss nach dem PsychKG	225
12. Beispiel für eine Patientenverfügung	226
13. Beispiel für eine Vorsorgevollmacht	228
14. Beispiel für eine Betreuungsverfügung	230
15. Betreuung zur Ergänzung einer Bevollmächtigung	231

Inhaltsverzeichnis

Anhang II: Fallverläufe in Form von Aktenauszügen	233
Fall 1: Demenz; Sicherungsmaßnahmen; vorläufige Anordnung ...	233
Fall 2: Grenzfall geistige Behinderung/Krankheit; Vermögensverwaltung	240
Fall 3: Abhängigkeit, Unterbringungsmaßnahmen	244
Anhang III: Synopse neues Recht/altes Recht	251
Stichwortverzeichnis	255